



Unternehmenssteuerreform III: Stopp der Zerstörung öffentlicher Haushalte!

Die Reform der Unternehmensbesteuerung, die auf internationalen Druck hin eigentlich gewisse Steuerprivilegien abbauen sollte, wird auf nationaler und kantonaler Ebene zur Plünderung der öffentlichen Finanzen missbraucht. Nachdem bereits die letzte Reform die Bundeskasse mehrere Milliarden kostete, hat nun der Nationalrat erneut grosszügig Steuergeschenke verteilt, die absehbare Konsequenzen für den Sozialbereich, die Bildung und die Entwicklungshilfe haben. Das ist nicht akzeptabel.

Auf internationalen Druck von OECD und EU müssen die fiskalischen Sonderregimes für gewisse Unternehmen wie etwa Holdings abgeschafft werden. Die SP60+ begrüsst grundsätzlich diese Stossrichtung. Die dominante bürgerliche Politik auf Bundes- und Kantonsebene will nun aber diese Reform für die Einführung weiterer Privilegien und weiterer Steuergeschenke missbrauchen. Beim jetzigen Stand der Diskussion dürften die Ausfälle für die öffentlichen Gemeinwesen mehrere Milliarden betragen. Da macht die SP60+ nicht mit!

Referendum auf Bundesebene! Auf Bundesebene weigert sich die bürgerliche Mehrheit, die vorgesehenen Steuerausfälle durch eine volle Besteuerung der Dividenden-Ausschüttungen oder durch eine Kapitalgewinnsteuer wenigstens teilweise zu kompensieren. Im Gegenteil, der Nationalrat will weitere Steuerschlupflöcher aufmachen. Die Steuerausfälle werden auf mehr als 2 Milliarden Franken geschätzt. Wie das gleichzeitig diskutierte Sparprogramm der nächsten Jahre («Stabilisierungsprogramm») zeigt, geht das weitgehend auf Kosten der Bildung, der Forschung und Wissenschaft, der Entwicklungshilfe und des Sozialbereichs. Hier wird schlicht die Zukunft des Landes mutwillig auf das Spiel gesetzt. Die SP60+ unterstützt deshalb die Absicht der SP Schweiz, gegen die Reform in dieser Ausgestaltung das Referendum zu ergreifen.

Stopp dem zerstörerischen Steuerwettbewerb unter den Kantonen! Auch die Kantone sind gezwungen die speziellen Steuerregimes aufzuheben. Sie benutzen diese Gelegenheit, um die geltenden Unternehmensgewinnsteuern massiv zu senken. Damit wird eine weitere Runde des unsäglichen Steuerwettbewerbs eingeläutet. Kantone in der Innerschweiz haben es bereits vorgemacht, wie dabei systematisch öffentliche Haushalte in die Armut getrieben werden. Zwangsferien in der Schule, Abbau der Verbilligung von Krankenkassenprämien, Streichkonzerte im Sozialbereich sind nur einige Beispiele von Konsequenzen, die schlussendlich von den privaten Haushalten getragen werden. Die SP60+ fordert die Kantone auf, den unsinnigen und zerstörerischen Steuerwettbewerb zu stoppen.

Kantonale Steuersenkungen nur mit zwingenden Gegenleistungen! Der Kanton Waadt hat es vorgemacht: Wo Steuersenkungen im Einzelfall notwendig sind, müssen sie von Gegenleistungen im Sozialbereich begleitet werden. Dabei müssen diese Leistungen jedoch zwingend mit den fiskalischen Massnahmen gekoppelt sein. Unverbindliche Absichtserklärungen mit symbolischem Charakter, die auf der Illusion von Wirtschaftswachstum durch Steuersenkungen beruhen, genügen nicht. Die SP60+ appelliert an alle konstruktiven politischen Kräfte, eine Fiskalpolitik im Interesse der Gesamtbevölkerung und nicht nur zugunsten der Begüterten durchzusetzen.